

## „Aufgespießt“

### Griechenland-Hilfe im Bundestag: DIE LINKE und ihre Anhängerschaft

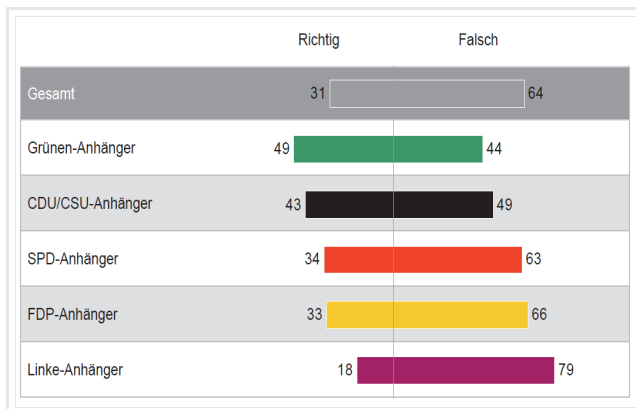
Dr. Andreas Wimmel<sup>1</sup>

Noch zu Zeiten der christlich-liberalen Koalition be- anstandete der Fraktionsvorsitzende der Linkspartei, Gregor Gysi, in einer der unzähligen Bundestagsdebatten zur Finanz- und Staatsschuldenkrise in der Eurozone die Reihenfolge der Rednerliste. Nach der Bundeskanzlerin sollte eigentlich ein echter Vertreter der parlamentarischen Opposition sprechen, und nicht jemand, der zwar die Bundesregierung lautstark kritisiert, aber am Ende dennoch seiner Fraktion empfiehlt, ihren Vorlagen zuzustimmen.<sup>2</sup> Diese Einlassung war als Seitenhieb insbesondere auf die SPD zu verstehen, die – damals noch aus der Opposition heraus – die auf europäischer Ebene vereinbarten „Euro-Rettungsmaßnahmen“ trotz erheblicher Zweifel an deren wirtschaftspolitischer Ausrichtung ganz überwiegend mitgetragen hatte. Die Linkspartei hingegen ließ ihren Worten stets Taten folgen und hatte bis dato alle von der Regierung zur Abstimmung gestellten Maßnahmen zur Stabilisierung der Eurozone geschlossen abgelehnt.<sup>3</sup>

Diese Blockadehaltung der Linken war anfangs ganz im Sinne ihrer Anhängerschaft. Kurz nachdem der Bundestag im Mai 2010 die ersten Finanzhilfen für Griechenland beschlossen hatte, beurteilten laut einer repräsentativen Umfrage von *infratest dimap* 79 Prozent der Linke-Anhänger die deutschen Bürgschaften zum Schutz des Euro als falsch und nur 18 Prozent als richtig. Damit war die Ablehnung im direkten Vergleich zu den Anhängern der anderen Parteien eindeutig am größten, stärker noch als unter den FDP-Anhängern mit einer Ablehnungsquote von 66 Prozent. Das Abstimmungsverhalten der Fraktion der Linken stand also zunächst ganz im Einklang mit der Basis – im Gegensatz zu den anderen Parteien, die die Euro-Rettungspolitik im Bundestag unterstützt bzw. sich enthalten hatten: Allein unter den Anhängern der Grünen hielt eine knappe Mehrheit eine finanzielle Beteiligung an den Stabilisierungsmaßnahmen für richtig, während sich nur 43 Prozent der

CDU/CSU-Anhänger und gerade einmal 34 Prozent der SPD-Anhänger dafür aussprachen (siehe Abb. 1).

Abb. 1: Griechenland-Hilfe und Partei-Anhänger im Juni 2010



**Quelle:** Infratest dimap, ARD-DeutschlandTREND, Juni 2010, <http://tinyurl.com/o7bjma4> (Abruf am 21.07.2015). Basis: 1.500 Befragte; Erhebungszeitraum: 25.-26.05.2010. Frage: Das Schutzpaket für die europäische Gemeinschaftswährung umfasst rund 750 Milliarden Euro. Deutschland wird sich daran mit Bürgschaften von bis zu 123 Milliarden beteiligen. Finden Sie diese Entscheidung richtig oder falsch?

#### Debatte zur Verlängerung der Griechenland-Hilfe

Nach Bildung der Großen Koalition im Dezember 2013 bekleidete Gysi tatsächlich die Rolle des Oppositionsführers im Bundestag und seine Kritik an der Euro-Rettungspolitik war eher lauter als leiser geworden. In der Debatte über die Verlängerung der Griechenland-Hilfen am 17. Juli 2015 warf er Finanzminister Schäuble vor, die „europäische Idee zu zerstören“. Die Politik der Bundesregierung sei „unsozial, undemokratisch und antieuropäisch“. Die Aufnahme von Verhandlungen könne seine Fraktion nicht unterstützen, weil allein die Bedingungen dafür schon unerträglich seien.<sup>4</sup> Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Sahra Wagenknecht, fand noch deutlichere Worte: Das geplante Reformpaket verlängere nur die „rabiante Kürzungspolitik der letzten fünf Jahre, die schon ein Viertel der griechischen Wirtschaftsleistung zerstört hat, die das Land in Rekordarbeitslosigkeit, in Armut und in wirkliches Elend getrieben“ habe.<sup>5</sup> Die Linkspartei hat also bis heute an ihrer Frontalopposition gegenüber der Europapolitik der Bundesregierung festgehalten und dementsprechend wieder als einzige Fraktion mit

<sup>1</sup> Der Autor ist Universitätsassistent am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Innsbruck.

<sup>2</sup> Gregor Gysi, in: Deutscher Bundestag. Plenarprotokoll 17/135 vom 26.10.2011, S. 15963 A.

<sup>3</sup> Vgl. Andreas Wimmel, Deutsche Parteien in der Euro-Krise: Das Ende des Konsensprinzips? In: *integration* 01/2012, S. 19-34.

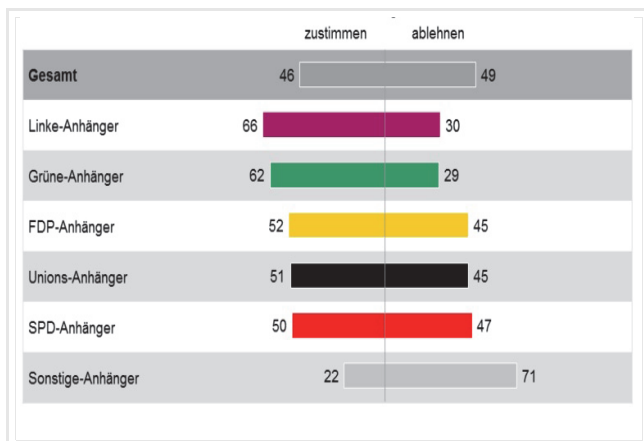
<sup>4</sup> Gregor Gysi, in: Deutscher Bundestag. Plenarprotokoll 18/117 vom 17.07.2015, S. 11355 B, 11356 A, 11357 A.

<sup>5</sup> Sahra Wagenknecht, in: Deutscher Bundestag. Plenarprotokoll 18/117 vom 17.07.2015, S. 11368 B.

großer Mehrheit gegen eine Fortsetzung der Griechenland-Hilfen gestimmt.<sup>6</sup>

Diese scharfe Ablehnung der Linken steht in Kontrast zu einem Meinungsumschwung in der eigenen Anhängerschaft, der selbst abgeklärte Demoskopien überraschen dürfte. Wenige Tage vor der Abstimmung über ein erneutes Griechenland-Hilfspaket wiederholte *infratest dimap* seine Umfrage zu den Einstellungen der Parteianhänger für den ARD-DeutschlandTREND. Diesmal sprachen sich 66 Prozent der Anhänger der Linken *dafür* aus, dass der Bundestag der Aufnahme von Verhandlungen unter den gegebenen Bedingungen zustimmen sollte, während nur 30 Prozent für eine Ablehnung plädierten. Das Stimmungsbild an der Linken-Basis hatte sich also im Laufe der fünf Krisenjahre ins Gegenteil gewendet, so dass die Unterstützung nun größer war als unter den Anhängern der anderen Parteien, die im Bundestag mehrheitlich der Wiederaufnahme von Verhandlungen zugestimmt haben. Während immerhin noch 62 Prozent der Grünen-Anhänger ihre Partei unterstützten, lag die Zustimmungquote bei den Unions-Anhängern (51 Prozent) und den SPD-Anhängern (50 Prozent) deutlich darunter (s. Abb. 2).

**Abb. 2: Griechenland-Hilfe und Partei-Anhänger im Juli 2015**



**Quelle:** Infratest dimap, ARD-DeutschlandTREND, Juli 2015, <http://tinyurl.com/ovw5dow> (Abruf am 21.07.2015). Basis: 1.029 Befragte; Erhebungszeitraum: 13.-15.07.2015. Frage: In der griechischen Schuldenkrise haben sich die Euro-Länder mit Griechenland auf Verhandlungen über ein drittes Hilfspaket über 86 Milliarden Euro geeinigt. Im Gegenzug soll Griechenland ein umfangreiches Spar- und Reformpaket akzeptieren. Was meinen Sie: Sollte der Bundestag am Freitag Verhandlungen über ein drittes Hilfspaket zustimmen oder sollte der Bundestag dies ablehnen?

<sup>6</sup> Ergebnis der namentlichen Abstimmung: CDU/CSU (Ja: 241, Nein: 60, Enthaltung: 5), SPD (175/4/0), Bündnis 90/Die Grünen (23/2/33), Die Linke (0/53/2); vgl. Deutscher Bundestag. Plenarprotokoll 18/117 vom 17.07.2015, S. 11388 D-11391 C.

## Spaltung zwischen Linkspartei und Anhängerschaft

Während die Linkspartei zu Beginn der Euro-Krise die Meinungen ihrer Unterstützer somit am besten repräsentiert hat, ist der Graben zur eigenen Anhängerschaft nun breiter als bei den anderen im Bundestag vertretenen Parteien, obwohl keine der Fraktionen ihr Abstimmungsverhalten grundlegend verändert hat. Dieser Trend ist für eine Partei, die eigentlich über eine Wählerschaft mit relativ stabilen sozial- und wirtschaftspolitischen Einstellungen verfügt, durchaus erklärungsbedürftig. Ganz offensichtlich wollten sich die Linke-Anhänger solidarisch zeigen gegenüber einer Syriza-Regierung, die die Bedingungen zur Aufnahme von Verhandlungen schlussendlich akzeptiert hatte (um nicht zu sagen: akzeptieren musste), während die Parteieliten ihr Votum vorrangig als Kritik an der Verhandlungsführung der Bundesregierung und den „aufoktroierten“ Spar- und Reformauflagen verstanden wissen wollen.<sup>7</sup> Vielleicht sehen die Linke-Anhänger die Griechenland-Krise aber auch einfach pragmatischer als die Parteiführung – wenn der Bundestag zustimmt, fließen die Milliardenkredite weiter, die Banken öffnen wieder, ein Staatsbankrott scheint vorerst abgewendet.

Natürlich ließe sich einwenden, das Abstimmungsverhalten der Linkspartei sei für den Beschluss sowieso irrelevant gewesen, weil vorher abzusehen war, dass der Antrag mit den Stimmen der beiden großen Regierungsfractionen aus CDU/CSU und SPD angenommen werden würde. Deswegen konnte die Linke im Stile einer Protestpartei mit Nein stimmen, was sie möglicherweise nicht getan hätte, wenn ihre Unterstützung für die Wiederaufnahme von Verhandlungen notwendig gewesen wäre. Mit einer solchen Unterstellung würde man der Linkspartei nicht gerecht werden: Dass die Parteiführung sehr genau abwägt, wie sie sich in der Griechenland-Frage positioniert, zeigte sich in der vorherigen Entscheidung über die Verlängerung des zweiten Hilfsprogramms am 27. Februar 2015, als die Abgeordneten aus Solidarität zur neu gewählten Syriza-Regierung erstmalig zugestimmt hatten.<sup>8</sup> Diese Neuausrichtung war innerparteilich höchst umstritten, weil sie fälschlicherweise als Billigung der rigiden Austeritätspolitik

<sup>7</sup> Vgl. Dietmar Bartsch, Die Kanzlerin heißt Schäuble. In: WeltTrends 106, August/September 2015, S. 94-95.

<sup>8</sup> In der Abstimmung votierten 41 Abgeordnete der Linken mit Ja, drei mit Nein und zehn enthielten sich (Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 18/89 vom 27.02.2015, S. 8436 D); siehe dazu auch Constanze von Bullion, Die leidige Solidarität. Das Hilfsprogramm stellt die Linke vor mehr als ein Dilemma, in: Süddeutsche Zeitung, 25.02.2015, S. 5.

hätte gelesen werden können.<sup>9</sup> Blanker Opportunismus kann als Grund für die Spaltung zwischen Linkspartei und ihrer Anhängerschaft also sicher nicht ins Feld geführt werden.

Vielmehr scheint sich ganz allgemein die Deutung und Bewertung der Euro-Rettungspolitik im linken Lager gewandelt zu haben: Während zuerst die Auffassung vorherrschte, die Milliardenkredite zur Stabilisierung der Eurozone dienten lediglich der deutschen Exportwirtschaft und dem globalen Finanzkapitalismus, wird die Causa Griechenland-Rettung heute vermehrt als Projekt *gegen* die Interessen des liberal-konservativen Establishment interpretiert.<sup>10</sup> Die schärfsten Gegner weiterer Finanzhilfen finden sich mittlerweile nicht mehr im linksalternativen Milieu, sondern in den bürgerlichen Schichten, die sich nicht länger bereit zeigen, deutsches Steuergeld ohne Aussicht auf Rückzahlung in ein Land zu transferieren, dessen Regierung sozialistischen Ideologien nachhängt und deswegen Reformauflagen verschleppt. Griechenland wird zu einer Last, der man sich gern entledigen würde und inzwischen wohl auch könnte, weil die Stabilität des Euro auch bei einem Ausscheiden aus der Währungsunion nicht mehr ernsthaft gefährdet wäre.<sup>11</sup> In der letzten Abstimmung über die Bedingungen für die Gewährung des dritten Hilfsprogramms votierten bereits 63 Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion gegen den Kurs der Bundeskanzlerin, viele andere brachten in persönlichen Erklärungen zum Ausdruck, dass sie nur unter größten Vorbehalten zugestimmt haben.<sup>12</sup> In dieser politischen Gemengelage wird ein Ja zu weiteren Hilfsmaßnahmen fast schon zu einer Protesthaltung gegen nationalistisches Denken und hegemoniale Ausgrenzung in einem vereinten Europa.

### Grexit versus europäische Solidarität

Der technokratische Streit um diverse finanz- und wirtschaftspolitische Lösungskonzepte ist in der Griechenland-Debatte vielfach abgelöst worden

durch die Gegenüberstellung von „Grexit“ bzw. der Verarmung der griechischen Bevölkerung innerhalb der Eurozone versus europäische Solidarität durch die Gewährung weiterer Milliardenkredite.<sup>13</sup> Vor diese Alternative gestellt, hat sich eine deutliche Mehrheit der Linke-Anhänger für die zweite Option ausgesprochen, *obwohl* ein drittes Hilfsprogramm erneut mit schmerzhaften Sparauflagen und Strukturformen verbunden sein wird. Offenkundig hat man im linken Spektrum durchschaut, dass sich die wahren Beweggründe für die Griechenland-Rettung verschoben haben: Seit immer deutlicher zu Tage tritt, dass die Hilfsprogramme nicht mehr zwingend notwendig sind, um den Kurs des Euro zu stabilisieren, sinkt die Unterstützung für weitere Finanzhilfen in vielen Mitgliedstaaten der Eurozone, da sich diese nicht mehr mit nationalen Wirtschaftsinteressen begründen lassen.<sup>14</sup> Stattdessen kann es den verbliebenen Befürwortern, zu denen vor allem die deutsche Bundeskanzlerin und der französische Präsident zählen, wohl nur noch um die Vermeidung eines ersten wirklich schweren Kollateralschadens am europäischen Integrationsprojekt gehen, möglicherweise eben doch „um jeden Preis“.<sup>15</sup>

Vor diesem Hintergrund klärt sich der Meinungsumschwung im linken Lager langsam auf. Die Griechenland-Rettung steht längst nicht mehr unter dem Primat rationaler ökonomischer Interessen der Geldgeber – mit dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) wurden Vorkehrungen geschaffen, um die Eurozone unabhängig von der Situation in Griechenland zu stabilisieren, und kein ernstzunehmender Ökonom glaubt mehr an eine Tilgung der Milliardenkredite. Mehr noch: trotz aller Einsparungen und Investitionen bestehen größte Zweifel, ob die griechische Wirtschaft im Euro jemals wieder so wettbewerbsfähig werden kann, um auf die interna-

<sup>9</sup> Vgl. Dominic Heilig, Der Funke, der überspringen muss. Die Linke und Griechenland. In: WeltTrends 102, April 2015, S. 74-75.

<sup>10</sup> Vgl. dazu Andreas Nölke, Abschied vom Euro? Europas Linke nach der Griechenlandkrise. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, September 2015, S. 68-76.

<sup>11</sup> So die Einschätzung vieler liberaler Ökonomen, vgl. etwa Hans-Werner Sinn, Die griechische Tragödie, ifo Schnelldienst vom 29.05.2015, [http://www.cesifo-group.de/DocDL/SD\\_Mai\\_2015\\_Sonderausgabe\\_1.pdf](http://www.cesifo-group.de/DocDL/SD_Mai_2015_Sonderausgabe_1.pdf)

<sup>12</sup> Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, Bundestag stimmt Hilfspaket für Griechenland zu. 63 Unionsabgeordnete dagegen, 20.08.2015, S. 1.

<sup>13</sup> Vgl. Steffen Vogel, Grexit: Das Scheitern der europäischen Idee. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Juni 2015, S. 9-12, sowie die Kommentierungen vor der Entscheidung im Bundestag, z.B. Ulrich Schäfer, Grexit. Schäubles Plan, in: Süddeutsche Zeitung, 17.07.2015, S. 4

<sup>14</sup> Vor allem einige Regierungen osteuropäischer Euro-Länder, die die Vor- und Nachteile der EU und des Euro sehr viel pragmatischer abwägen, lehnten eine Verlängerung der Griechenlandhilfe zunächst ab; vgl. Karl-Peter Schwarz, Was die Slowaken schon lange wussten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 03.07.2015, S. 3.

<sup>15</sup> In der Aussprache zur Situation nach dem Auslaufen des Finanzhilfeprogramms für Griechenland sagte Kanzlerin Merkel: „Ein guter Europäer ist nicht der, der eine Einigung um jeden Preis sucht“, in: Deutscher Bundestag. Plenarprotokoll 18/114 vom 01.07.2015, S. 10956 D; vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, Merkel gegen „Einigung um jeden Preis“ mit Griechenland, 02.07.2015, S. 1.

tionalen Finanzmärkte zurückzukehren.<sup>16</sup> Jede Verlängerung von Hilfsprogrammen wird dann zu einem Schritt in Richtung einer dauerhaften Transferunion, die ein Gegengewicht darstellen könnte zum systemisch bedingten Wettbewerbsdruck in der Wirtschafts- und Währungsunion, der den Mitgliedstaaten strikte Haushaltsdisziplin abverlangt. Der Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung, Clemens Fuest, hat sogar schon eine Sondersteuer für Athen ins Gespräch gebracht, um die Kosten der Hilfsprogramme nicht durch die ständige Verlängerung von Schuldenlaufzeiten zu verschleiern, sondern für jeden Bürger direkt spürbar werden zu lassen.<sup>17</sup>

Zugespitzt formuliert: Die Konsequenzen weiterer Finanzhilfen, um Griechenland aus rein politisch-ideologischen Gründen einen Verbleib in der Eurozone zu ermöglichen, entsprechen paradoxerweise den Leitlinien linker Europaprogrammatik: Zur Bekämpfung der „umfassenden neoliberalen Ausrichtung“ der EU fordert die Linke „Solidarität statt brutalem Wettbewerb“ mittels einer „Europäischen Ausgleichsunion“, die Euro-Staaten auf das Ziel ausgeglichener Handelsströme verpflichtet.<sup>18</sup> Die Idee eines Euro-Länderfinanzausgleichs, um innerhalb eines Währungssystems trotz gravierender Unterschiede in der volkswirtschaftlichen Produktivität seiner Mitgliedstaaten zumindest vergleichbare Lebensbedingungen und Sozialstandards zu gewährleisten, war also bereits im Programm der Linken zur Bundestagswahl 2013 angelegt. Die Anhängerschaft der Linken hat diesen Nexus inzwischen offenbar erkannt – ob und wann die Linkspartei ihre Positionierung gegenüber der Griechenland-Rettungspolitik anpassen wird, werden die kommenden Monate und Jahre zeigen.

<sup>16</sup> So die Analyse des Internationalen Währungsfonds (IWF), vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, Währungsfonds hält Athens Schulden für untragbar, 16.07.2015, S. 17.

<sup>17</sup> Vgl. Clemens Fuest, Eine Sondersteuer für Athen. Das gebietet die Ehrlichkeit gegenüber den Bürgern, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.07.2015, S. 17.

<sup>18</sup> Vgl. Wahlprogramm der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl 2013, S. 49; <http://tinyurl.com/l843s53> (Abruf am 24.07.2015).